



Schweizerische

Bodensee-Zeitung

Amriswiler Anzeiger

SBZ

Arbon: Redaktion + Verlag: Tel. 071-46 51 21
 Abonnementdienst: Tel. 46 51 29/29 75 75
 Inserate: ofa, Orell Füssli AG, Tel. 46 66 33

143. Jahrgang - Nummer 221

Amriswil: Tel. 67 48 44, Inserate Telefon 67 58 88
 Romanshorn: Tel. 63 31 31, Inserate Tel. 63 66 22
 Bischofzell: Tel. 81 43 41, Inserate Tel. 67 58 88

Tageszeitung für den Bodenseeraum
 und den Oberthurgau sowie
 die Kantone Thurgau und St.Gallen

Dienstag, 22. September 1992

EILZIEHEN

Um das einzige Thurgauer Untergymnasium an der Kantonsschule Frauenfeld hat ein politisches Seilziehen begonnen. Die vorberatende Kommission, welche die Revision des Mittelschulgesetzes unter ihre Fittiche genommen hat, will die Existenzberechtigung des Untergymnasiums überprüft sehen und reichte zu diesem Zweck eine Motion ein.

► «Thurgau»

EGEN STRASSENBAU

Die Romanshorer haben auch die zweite Vorlage für die Verlängerung der Sonnmattstrasse abgelehnt. Gegen die Empfehlung des Gemeinderates wurde das Projekt an der ausserordentlichen Gemeindeversammlung von gestern Montagabend mit 153 Nein zu 113 Ja abgelehnt.

Keine Überfremdungs-Angst

Freier Personenverkehr im EWR: Nationalrat für Übergangs-Regelung

Der erste Schritt hin zum freien Personenverkehr im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) ist gemacht. Der Nationalrat ist gestern mit 69 gegen 21 Stimmen dem Ständerat gefolgt und hat die Übergangsregelung für den Aufenthalt von EWR-Angehörigen unverändert verabschiedet.

(ap) Für die Verwirklichung des freien Personenverkehrs hat die Schweiz eine fünfjährige Übergangsfrist ausgehandelt. Während dieser Zeit kann der Bundesrat die Zuwanderung von ausländischen Arbeitskräften wie bisher begrenzen.

Baldige Lockerungen

Der Beschluss über Aufenthalt und Niederlassung der

schönigungspolitik». Skeptisch zeigte sich auch die SVP. Die im Volk spürbaren Ängste vor einem grossen Zustrom nach Auslaufen der Übergangsregelung seien berechtigt, sagte Hanspeter Seiler (BE). Die noch relativ gesunde Schweizer Wirtschaft werde einen grossen Sog ausüben, wodurch sich die Probleme bezüglich genügend Wohnraum und Arbeitsplätze verschärfen.

«Ängste nicht schüren»

Bundesrat Arnold Koller bekundete Verständnis für diese Ängste, betonte aber: «Ich verstehe nicht, dass man diese Ängste bedenkenlos schürt.» Einerseits zeige sich, dass die Schweiz schon heute nur mit Mühe die gewünschten An-

zudem den Schweizerinnen und Schweizern den Zugang zu den anderen EWR-Ländern.

Die Kommissionsmehrheit und die anderen Fraktionen schlossen sich dieser Argumentation an. Mit offensichtlichem Mehr wurden die Anträge auf Nichteintreten und Rückweisung der SD/Lega, der Auto-Partei und von Christoph Blocher (SVP/ZH) abgewiesen.

Wohnungsnachweis

Wer seine Familie in die Schweiz nachkommen lassen will, muss über eine angemessene Wohnung verfügen. An dieser Bestimmung hielt der Rat gegen den Widerstand von grüner und linker Seite mit 73 gegen 44 Stimmen fest. Mit 70 gegen 56 Stimmen folgte der Rat zudem der kleinen Kom-

EG-Aussenminister gegen Nachverhandlung

Die Mehrheit der EG-Mitglieder ist nach Ansicht des französischen Aussenministers Dumas gegen Nachverhandlungen zum Maastrichter Vertrag. Dumas sagte gestern nach einem Treffen der EG-Aussenminister in New York, bei der künftigen Gestaltung Europas müsse mehr Rücksicht auf die Sorgen der Bürger genommen werden.

(rtr/ap) Der belgische Aussenminister de Laes sagte in New York, alle seien sich einig, «dass wir weitermachen müssen». Nachverhandlungen werde es nicht geben, es sei aber möglich, dass «einige Texte» präzisiert würden.

Gegen Neuverhandlungen wandte sich auch der Präsi-

mit, die Ratifizierungsverfahren würden jetzt fortgesetzt. Eine Frist für den Abschluss gebe es aber nicht; auch müsse man abwarten, was Dänemark mache.

Aus Sitzungskreisen in New York verlautete, die dänische Regierung wolle eine begrenzte Mitgliedschaft des Landes in der angestrebten Europäischen Union vorschlagen.

In Paris werden heute Präsident Mitterrand und Bundeskanzler Kohl die Lage nach der französischen Abstimmung erörtern. Sie wollen nach Angaben aus Bonn darüber beraten, ob mit Zusatz-Erklärungen oder «Klarstellungen» zu dem Vertragswerk die Sorgen der Bürger vor einem zu zentralistisch orientierten Europa